

# **I N F O R M A T I O N**

zur Pressekonferenz  
mit

**WKOÖ-Präsidentin Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer**  
WB Landesobfrau

**Dr. Angelika Winzig**  
EU-Wahl-Spitzenkandidatin Nationalratsabgeordnete

06. Mai 2019

zum Thema

## **OÖ Masterplan als Vorbild für die EU**

## OÖ Masterplan als Vorbild für die EU

### Angelika Winzig, WB-Spitzenkandidatin, als Garant für die Interessen der UnternehmerInnen!

Ohne eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft gibt es kein friedliches, demokratisches und sicheres Europa. Frieden, Demokratie und Rechtssicherheit sind zentrale Grundwerte der Europäischen Union. Um das friedliche Zusammenleben in Europa auf Dauer zu sichern, braucht es Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität – und damit die Wirtschaft.

Gerade Oberösterreich ist als der Wirtschaftsmotor und Exportrekordhalter der Republik auf ein starkes Europa angewiesen. Unser Wohlstand, unsere Wirtschaftskraft, die hochwertigen Arbeitsplätze und unser Einfluss auf die internationale Politik – das alles geht nur gemeinsam mit der Europäischen Union.

Wir brauchen in Zukunft eine starke Europäische Union, die aus einer Position der Stärke und Geschlossenheit in globalen Fragen auftritt. Bei der Europawahl am 26. Mai geht es aber vor allem auch um die Entscheidung, ob die Interessen der oberösterreichischen Wirtschaft weiterhin im EU-Parlament vertreten sein werden.

Wir freuen uns und sind stolz, mit Dr. Angelika Winzig eine ausgezeichnete Kandidatin für diese Aufgabe zu haben. Angelika Winzig ist bereits seit 19 Jahren aktives WB-Mitglied und selbst erfolgreiche Unternehmerin. Als Bezirksobfrau von Vöcklabruck kennt sie die Anliegen der Betriebe und vertritt deren Interessen. Sie ist zudem seit 2011 Vizepräsidentin des Europäischen Wirtschaftsbundes, seit 2013 Abgeordnete zum Nationalrat und seit November 2017 stellvertretende Klubobfrau. Mit Angelika Winzig als oberösterreichische Spitzenkandidatin haben wir eine erfahrene Politikerin und eine starke Stimme der Wirtschaft.

Oberösterreich liegt bei der Standortqualität ausgezeichnet. Zur weiteren Stärkung des Wirtschaftsstandorts hat die Wirtschaftskammer OÖ bereits vor zwei Jahren einen 5-Punkte-Masterplan mit den Themen **Fachkräfte, Innovation und Digitalisierung, Export, Kooperationen und Entlastung** ins Leben gerufen. Jedes einzelne Projekt des Masterplans dient dazu, die Unternehmen und damit den Standort Oberösterreich zu stärken und zukunftsfit zu machen. Dieser Masterplan ist auch die Grundlage für unsere Forderungen bezüglich der Wahl zum Europäischen Parlament.

## Unsere Forderungen aus dem EU-Wahlprogramm der OÖVP:

- Europa muss seine **Fachkräftepotenziale** besser nutzen: Wir wollen eine Gesamtstrategie, damit Arbeitssuchende aus Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, rasch und einfach dorthin vermittelt werden, wo der Arbeitskräftebedarf besonders hoch ist.
- Wir setzen uns für ein Europa ein, das globaler Vorreiter wird: Investitionen in Forschung und **Innovation** sollen Europa wieder dorthin bringen, wo es hingehört: an die Spitze. Trotz hoher Innovationsdynamik liegt Österreich nur an 10. Stelle des European Innovation Scoreboard (EIS) Oberösterreich soll sich dabei noch stärker als Leitregion positionieren.
- **Weniger Bürokratie** und mehr Freiraum für Staaten, Länder und Gemeinden: Wir fordern die Kommission auf, zehn Politikbereiche zu nennen, wo Regelungskompetenzen wieder zurück an die Regionen übertragen werden.
- **Export:** Die Europäische Union ist aufgefordert, sich bei Handelskonflikten stärker als bisher einzubringen und Rechtssicherheit herzustellen. Europa muss dabei mit einer Stimme sprechen und sein gesamtes politisches Gewicht aufbringen. Dies ist gerade für Oberösterreich als exportstarkes Bundesland von enormer wirtschaftlicher Bedeutung.

## FACHKRÄFTE

### **Wir wollen ein Europa, das seine Fachkräftepotenziale besser nutzt**

Der Fachkräftemangel hat sich in fast allen EU-Mitgliedsstaaten zum größten Wachstums- und Zukunftshemmnis entwickelt. Es gibt aber Regionen in Europa, in denen viele Menschen keine Arbeit finden. Andere Regionen wie Oberösterreich boomen, die Betriebe suchen nach qualifizierten Mitarbeitern. Das sind verschenkte Potenziale. Die bisherigen Instrumente der EU schaffen es kaum, die Mobilität von europäischen Fachkräften zu steigern.

Wir setzen uns daher für eine unionsweite Gesamtstrategie ein, damit Arbeitssuchende aus Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, rasch und einfach dorthin vermittelt werden, wo auch der Arbeitskräftebedarf besonders hoch ist. Außerdem sollen europäische Kooperationsabkommen und Programme für hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten erarbeitet werden.

## INNOVATION ALS MOTOR FÜR WACHSTUM

### **Wir setzen uns für ein Europa ein, das wieder globaler Vorreiter wird**

Europa soll wieder jener Wissenschaftskontinent mit den bahnbrechenden Erfindungen und zukunftsweisenden Hochschulen werden, der es jahrhundertlang war. Im 21. Jahrhundert sind die wissenschaftliche Exzellenz und die Innovationskapazitäten, sowohl im Universitäts- als auch im Unternehmensbereich, mehr und mehr außerhalb Europas angesiedelt, bei Wachstumstreiber und Zukunftsfaktor Digitalisierung liegt Europa mittlerweile stark zurück. Die europäischen und nationalen Fördermittel für Forschung und Innovation müssen daher aufgestockt werden. Der klare Fokus soll dabei auf die gemeinsame Entwicklung von Schlüsseltechnologien gelegt werden, die unseren Kontinent wieder weltspitze machen. Oberösterreich soll sich dabei noch stärker als Leitregion positionieren.

**Trotz hoher Innovationsdynamik liegt Österreich nur an 10. Stelle des European Innovation Scoreboard (EIS)**

**„Die Innovationskraft unserer Unternehmen ist der wesentliche Antrieb für unseren Wohlstand und das Wirtschaftswachstum. Daher können wir es uns nicht leisten, nur im Mittelfeld zu spielen. Innovationsanreize im Steuersystem, Maßnahmen zur Stärkung von Digitalisierung im Bildungs- und Unternehmensbereich stehen ganz oben auf unserer Forderungs- und Umsetzungsliste. Die europäischen und nationalen Fördermittel für Forschung und Innovation müssen daher aufgestockt werden.“**, betont Doris Hummer.

Die Innovationsleistung der gesamten EU hat in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen, seit 2010 hat sie sich um 5,8% verbessert. Innerhalb der EU gab es zwei Verschiebungen im Vergleich zum EIS 2017: Luxemburg ist in die Gruppe der „innovation leaders“ (Schweden, Dänemark, Finnland, Niederlande, Großbritannien und Luxemburg) aufgestiegen, Deutschland zu den „strong innovators“ (Deutschland, Belgien, Irland, Österreich und Frankreich) abgestiegen.

Österreich hat eine Forschungsquote von 3,19%. Die Ausgaben für F&E haben sich seit 1981 fast verdreifacht. Die Forschungsquote liegt damit in Österreich über den in der EU bis zum Jahr 2020 angestrebten 3%, aber noch unterhalb des nationalen Zielwerts von 3,76%. Österreich rutscht somit beim EIS nach Platz 7 im Jahr 2017 auf Platz 10 zurück, bleibt aber in der eng beieinanderliegenden Gruppe der „strong innovators“. (siehe Abbildung 1)

## **ENTLASTUNG**

### **Wir wollen eine Deregulierungsoffensive für Europa**

Betriebe dürfen nicht wegen überbordenden EU-Auflagen aus Oberösterreich vertrieben und Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden. Wir fordern die Kommission daher auf, eine Deregulierungsoffensive nach oberösterreichischem Vorbild zu starten und EU-Gesetze künftig mit einem Ablaufdatum zu versehen. Es bedarf insgesamt eines Wechsels im „Mindset“ der Europäischen Institutionen – hin zu mehr unternehmerischen Freiheit und Eigenverantwortung statt Regulierung und Bevormundung.

Oberösterreich hat der Kommission bereits konkrete Vorschläge für einen Bürokratieabbau vorgelegt. Dazu gehört etwa die Reduzierung der Berichtspflichten und statistischen Abfragen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik. Auch die Reduktion der EU-Unternehmensstatistik bietet große Potenziale zur Verwaltungsvereinfachung.

## **EXPORT**

Europa muss Wortführer für einen fairen Handel sein

Die Handelspolitik hat sich zu einem Brennpunkt der internationalen Wirtschaft entwickelt. Schutzzölle, Sanktionen und Embargos belasten nicht nur die exportstarke oberösterreichische Wirtschaft, sie schaden Europa als Gesamtes. Europa muss mit einer Stimme sprechen und sein gesamtes politisches Gewicht aufbringen, um Rechtssicherheit herzustellen und Handelskonflikte abzubauen. Die Vertretung der europäischen Interessen unter Rücksichtnahme auf sensible Produkte muss dabei immer eindeutig im Vordergrund stehen. Das gilt vor allem im Verhältnis zu den USA und China.

„Und darum unterstützen wir Angelika Winzig aus vollster Überzeugung, damit sie die Interessen der OÖ Wirtschaft in Brüssel vertritt,“ betont Präsidentin Doris Hummer.

## Angelika Winzig

### **Unternehmen sollen von „bürokratischen Ketten“ befreit werden**

„Betriebe dürfen nicht wegen überbordenden EU-Auflagen aus Oberösterreich vertrieben und Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden“, so Winzig. „Wir fordern die Kommission daher auf, eine Deregulierungsoffensive nach oberösterreichischem Vorbild zu starten und EU-Gesetze künftig mit einem Ablaufdatum zu versehen.“

Es geht laut Winzig darum, die Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten und die Absiedelung von Betrieben und damit auch von Arbeitsplätzen zu verhindern. „Deshalb braucht es auch realistische Umwelt- und Klimaziele und eine vernünftige Balance zwischen Umwelt, Landwirtschaft und Wirtschaft“, so Winzig

### **Brauchen mehr EU-Initiativen zur Bewältigung des Fachkräftemangels**

Mit mehr Fachkräften kann die OÖ Wirtschaft noch besser wachsen. „Die bisherigen Instrumente der EU schaffen es kaum, die Mobilität von europäischen Fachkräften zu steigern“, so Angelika Winzig. „Wir setzen uns daher für eine unionsweite Gesamtstrategie ein, damit Arbeitssuchende aus Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, rasch und einfach dorthin vermittelt werden, wo auch der Arbeitskräftebedarf besonders hoch ist“. Außerdem sollen europäische Kooperationsabkommen und Programme für hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten erarbeitet werden.

Für Oberösterreich als energieintensivstes Bundesland sind die Versorgungssicherheit und eine leistbare Energieversorgung zentrale Standortfaktoren – „daher müssen diese abgesichert sein“, so Winzig.

### **Abbau von Handelshemmnissen**

Schutzzölle, Sanktionen und Embargos belasten nicht nur die exportstarke oberösterreichische Wirtschaft, sie schaden Europa als Ganzes. „Europa muss mit einer Stimme sprechen und sein gesamtes politisches Gewicht aufbringen, um Rechtssicherheit herzustellen und Handelskonflikte abzubauen“, so Winzig.

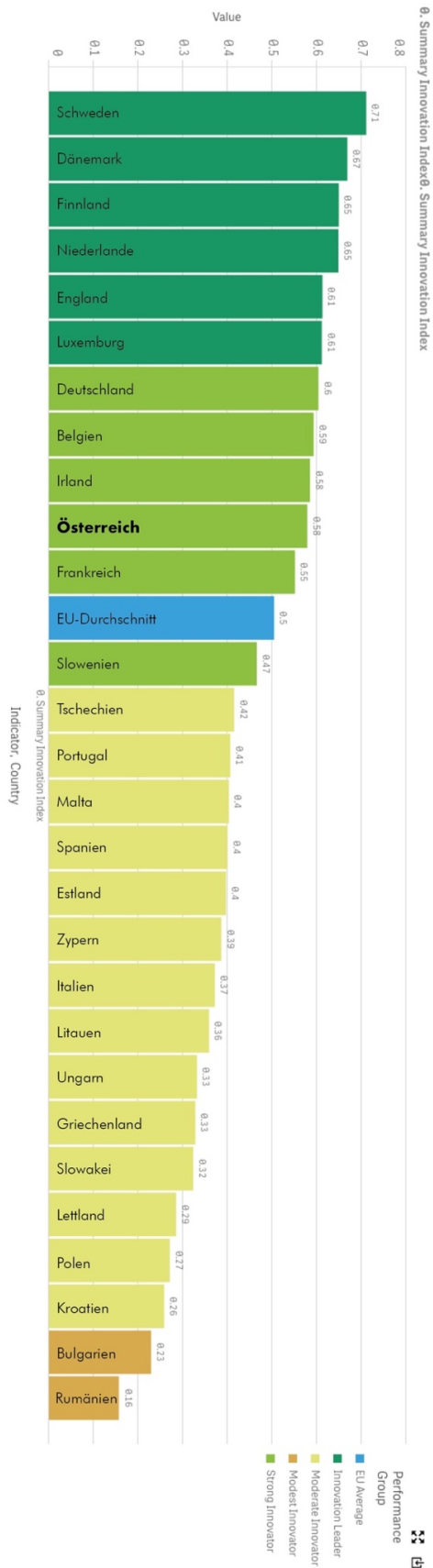


Abbildung 1: Quelle European Commission: <https://interactivetool.eu/ff/extensions/a4/a4.html>